

27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

23.-25. November 2007, CongressCenter Nürnberg

Globale Ernährungssicherung, Schutz der Regenwälder und der Biodiversität – Ökologische und soziale Standards für Bioenergie durchsetzen

Wir Grüne gehörten von Anfang an zu den entschiedensten BefürworterInnen von nachwachsenden Rohstoffen und Bioenergien. Wir sahen und sehen sie als Chance, Klimaschutz und Energiesicherheit zu verbinden mit neuen Impulsen für eine umwelt- und sozialverträgliche ländliche Entwicklung bei uns und in den Ländern des Südens. Deshalb haben wir schon früh eigene Ziele für den Ausbau der Bioenergien beschlossen und ihren Einsatz durch eine Vielzahl politischer Maßnahmen gefördert. Inzwischen ist das grüne Plädoyer für Bioenergien zum Mainstream geworden. Weltweit werden die Bioenergien ausgebaut. Der zum Teil durch unqualifizierte Förderung ausgelöste Boom bei Agrartreibstoffen bringt aber auch eine Reihe ernster Probleme mit sich, denen sich grüne Politik heute stellen muss. Denn anders als Erneuerbare Energien aus Wind oder Sonne sind landwirtschaftlich nutzbare Flächen und Wasser für den Anbau von Bioenergien begrenzt.

Der in Deutschland zu beobachtende großflächige Anbau von Mais-, Raps- und Getreidemonokulturen für die Bioenergiegewinnung hat nachteilige Auswirkungen auf Böden und Wasser, Landschaftsbild und Biodiversität. Die Ökobilanz der Bioenergien ist je nach Energiepflanze, Anbauform und Verwendungszweck sehr unterschiedlich und fällt in vielen Fällen sogar negativ aus. National wie international verstärkt die Nachfrage nach Agrartreibstoffen zusammen mit klimabedingten Ernteauffällen und der steigenden Lebensmittel- und Fleischproduktion die Konkurrenz zwischen der Erzeugung von Lebensmitteln und Agrartreibstoffen. Der Druck auf Naturschutzflächen und sensible Ökosysteme nimmt zu. Umweltverbände kritisieren zu Recht, dass die Rodung von Regenwäldern und Umnutzung von Mooren zur Produktion von Palmöl für deutsche Blockheizkraftwerke in Malaysia und Indonesien unwiederbringliche Naturschätze zerstört und gewaltige Mengen klimaschädlicher Gase freisetzt – weit mehr, als durch die Palmölnutzung eingespart wird. Entwicklungsorganisationen warnen zu Recht, dass der Pflanzentreibstoff-Boom in zunehmendem Maß die globale Ernährungssicherheit gefährden und den Hunger in der Welt verstärken kann.

Wir Grüne teilen diese Sorgen. Gerade weil wir überzeugt sind, dass den Bioenergien eine wichtige Rolle in der Klima- und Energiepolitik zukommt, wenden wir uns mit Nachdruck gegen Fehlentwicklungen, die nachhaltige, dezentrale Bioenergieerzeugung in Misskredit zu bringen drohen und die ökologischen und sozialen Probleme verschlimmern statt sie zu

lösen. Wir sehen unsere politische Aufgabe darin, jetzt die richtigen Weichen zu stellen, um den Ausbau der Bioenergien nachhaltig zu gestalten.

- Die Erzeugung von Bioenergien darf unseren verschwenderischen Umgang mit Energie nicht rechtfertigen und fortsetzen. Beim Klimaschutz müssen Energieeinsparung und Effizienz, neue Verkehrskonzepte und Erneuerbare Energien Vorrang haben vor der Substitution von Öl und Gas durch Bioenergien. Deshalb kritisieren wir den auf Drängen der Bundesregierung getroffenen Beschluss der Europäischen Union, den Einsatz von Agrartreibstoffen auf die CO₂-Obergrenzen von Autos anzurechnen, mit Nachdruck. Auch der Beimischzwang von Agrartreibstoffen zu herkömmlichen Treibstoffen muss korrigiert werden.
- Wir brauchen eine international anerkannte Folgenabschätzung für den Energiepflanzenanbau im Hinblick auf die globale Ernährungssicherung, die Erhaltung der Biodiversität, insbesondere der ökologisch sensiblen Regionen und der Regenwälder. Im Hinblick auf die Zertifizierung mit verbindlichen ökologischen und sozialen Standards für Agrartreibstoffe müssen verlässliche Kontrollsysteme geschaffen werden, die ein Unterlaufen der Standards ausschließen. Der Grundsatz Nahrungsmittel zuerst ("Food first") muss oberstes Gebot sein. Die zahlreichen Initiativen zur Einhaltung solcher Standards, die es auf internationaler Ebene und in den Erzeugerländern gibt, wollen wir stärken. Außerdem müssen wir schnell bilaterale Pilot-Projekte anstoßen, um bei der Zertifizierung praktische Erfahrungen zu sammeln. Zur Unterstützung der Erzeugerländer bei der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards wollen wir nachhaltige Bioenergie- und Lebensmittelerzeugung zu einem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit machen.
- Die Einfuhr von Bioenergien und anderen landwirtschaftlichen Produkten, deren Erzeugung mit Raubbau am Regenwald und der Biodiversität einhergeht, lehnen wir entschieden ab. Solange in Exportländern eine glaubwürdige Zertifizierung und Kontrolle nicht gewährleistet ist, muss der Import nach Europa ausgeschlossen sein. Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend in diesem Sinne gegenüber EU und WTO tätig zu werden.
- Bei der nachhaltigen Erzeugung von Bioenergien muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehört ein naturverträglicher Anbau, der Biodiversität fördert, auf Gentechnik verzichtet und Monokulturen ausschließt. Hierzu sind neue Anstrengungen in der Forschung erforderlich, um nachhaltige Anbaumethoden zu unterstützen. Außerdem wollen wir die Förderinstrumente für Bioenergien auf nationaler Ebene und in der EU überarbeiten. Wir brauchen dringend eine Nachhaltigkeitsverordnung, die verbindlich den Anbau von Biomasse regelt. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf greift allerdings viel zu kurz. Er basiert im Wesentlichen auf der ökologisch unzureichenden „guten fachlichen Praxis“ in der Landwirtschaft, außerdem fehlen Sozialstandards im Kriterienkatalog völlig.

- Wir fordern eine Korrektur des Biokraftstoff-Steuergesetzes. Die von der großen Koalition durchgesetzte alleinige Konzentration auf Beimischung von Biokraftstoffen befördert große zentrale Strukturen der Mineralölkonzerne, die kaum Rücksicht auf nachhaltige Bioenergien legen. Eine steuerliche Begünstigung von Agrartreibstoffen muss künftig an die von uns geforderte verbindliche ökologische und soziale Folgenabschätzung des Energiepflanzenanbaus gebunden werden. Staatliche Förderung muss sich auf nachweislich ökologische Erzeugungsmethoden und dezentrale Nutzung beschränken.

Bereits heute verbraucht die Weltbevölkerung einen höheren Anteil der Biomasse als die Erde verträgt. Neben den Auswirkungen der konventionellen Land- und Forstwirtschaft – insbesondere einer global agierenden intensiven Fleisch- und Futtermittelproduktion - und dem enormen Flächenverbrauch durch die Ausweitung der Agrartreibstoffherzeugung ist dies eine entscheidende Ursache für das massenhafte Aussterben von Arten. Aus diesem Grund und weil die Flächen, die zum nachhaltigen Anbau von Bioenergien zur Verfügung stehen, begrenzt sind, spielt Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung eine entscheidende Rolle. Deshalb setzen wir verstärkt auf Ganzpflanzennutzung, Kaskadennutzung sowie die Erzeugung von Biogas statt weniger effizienter Flüssigtreibstoffe. Wir wollen vorrangig das energetische Potential nutzen, das Reststoffe und Abfälle etwa aus der Ernährungs- und Landwirtschaft bieten, sowie die Energiegewinnung aus Kläranlagen, Deponien und Grubengas.

Neben anspruchsvollen Standards bei der Bioenergie-Erzeugung, wollen wir die drohenden Zielkonflikte auch durch ergänzende Maßnahmen entschärfen. So setzen wir uns für neue, innovative Finanzierungsinstrumente zur Stärkung des Regenwaldschutzes ein und für eine Stärkung des deutschen und europäischen Naturschutzrechts. Durch die Ausweitung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttoinlandprodukts wollen wir unseren Beitrag zur Bekämpfung des Hungerproblems leisten.

Im Hinblick auf nachhaltige Ernährungs- und Energiestrategien müssen wir unsere Konsummuster und Lebensstile stärker auf den Prüfstand stellen. Dazu gehören konsequente Einsparungs- und Effizienzmaßnahmen ebenso wie eine gerechte Verteilung der Ressourcen für die globale Ernährung. Der hohe Energieverbrauch und der hohe Fleischkonsum der Industrieländer schmälern die Möglichkeiten der Schwellen- und Entwicklungsländer, nachhaltige Ernährungs- und Entwicklungsstrategien zu verfolgen. Deshalb ist jeder eingesparte Liter Benzin und jede Verminderung des Fleischkonsums und der Verschwendung von Lebensmitteln ein Schritt hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und ein Beitrag zur Vermeidung von Ressourcenkonflikten